

# **Verwaltungsgebührenreglement der Gemeinde Göttingen**

für administrative Verrichtungen und Dienstleistungen

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Allgemeine Bestimmungen.....</b>	<b>3</b>
Grundsätze .....	3
Ausnahmen .....	3
Gebührenfestsetzung .....	3
Haftung .....	3
Kostenvorschuss.....	3
Fälligkeit und Verzugszins.....	4
Erlass und Stundung .....	4
Ansätze nach Bundes- oder kantonalem Recht .....	4
Gebührentarif .....	4
Rechtsmittel .....	4
<b>II. Schlussbestimmungen .....</b>	<b>5</b>
Aufhebung des bisherigen Rechts .....	5
Inkraftsetzung .....	5

## **Hinweis zur Schreibform**

Um die Lesbarkeit zu begünstigen, wurde auf eine parallele Beschreibung männlicher und weiblicher Bezeichnungen verzichtet. Es gelten deshalb alle Personen- und Funktionsbezeichnungen sowohl für weibliche als auch männliche Personen.

# **I. Allgemeine Bestimmungen**

## **Grundsätze      Art. 1**

1. Die Gemeindeverwaltung erhebt Gebühren für administrative Verrichtungen und Dienstleistungen nach diesem Reglement und dem dazugehörigen Gebührentarif, soweit nicht besondere Gebührenvorschriften bestehen. Der Gebührentarif bildet einen Bestandteil dieses Reglements.
2. Die Gebühren werden vom Gemeinderat periodisch der Teuerung angepasst.
3. Für gebührenpflichtige Verrichtungen der Gemeindeverwaltung, die in diesem Tarif nicht aufgeführt sind, kann der Gemeinderat angemessene Gebühren in Berücksichtigung von Zeit-, Arbeits- und Materialaufwand festsetzen.
4. Die Gebühren fallen in die Gemeindekasse, soweit sie nicht dem Staat abzuliefern sind.

## **Ausnahmen      Art. 2**

In Angelegenheiten der Sozialhilfe werden keine Gebühren erhoben.

## **Gebühren- festsetzung      Art. 3**

1. Innerhalb des Gebührenrahmens sind die Gebühren nach dem Zeit-, Arbeits- und Materialaufwand zu bemessen.
2. In Fällen, welche einen überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand erfordern, können die Ansätze dieses Reglements angemessen überschritten werden. Ein solcher Entscheid ist zu begründen.

## **Haftung      Art. 4**

1. Gebühren und Auslagen schuldet, wer eine Dienstleistung nach diesem Reglement veranlasst oder verursacht.
2. Für Gebühren und Auslagen haften alle belastenden Direktbeteiligten solidarisch.

## **Kostenvor- schuss      Art. 5**

1. Es kann ein Vorschuss in der mutmasslichen Höhe der Gebühren oder der Kosten verlangt werden.
2. Wird der Vorschuss trotz Hinweis innert der festgesetzten Frist nicht geleistet, so kann die Bearbeitung des Geschäftes verweigert werden.
3. Die Bestimmungen von Art. 6 gelten sinngemäss auch für die Bevorschussung.

**Fälligkeit und  
Verzugszins      Art. 6**

Gebühren und Beiträge werden mit der Rechnungsstellung fällig. Nach Ablauf einer 30-tägigen Zahlungsfrist wird ein angemessener Verzugszins erhoben. Die Ergriffung eines Rechtsmittels gegen Beitragsveranlagungen und Verfügungen betreffend Ersatzabgaben entbindet nicht von der Verzugszinspflicht.

**Erlass und  
Stundung      Art. 7**

1. Führt die Bezahlung der rechtskräftigen Gebühr zu einer grossen Härte, kann der Gemeinderat auf schriftliches Gesuch hin einen gänzlichen oder teilweisen Erlass oder eine Stundung gewähren (unter Vorbehalt von Art. 6).
2. Als Erlassgründe gelten insbesondere Unterstützungsbedürftigkeit oder eine finanzielle Notlage zufolge Erwerbsunfähigkeit, andauernder Krankheit, Arbeitslosigkeit und dergleichen.
3. Eine Stundung kann bewilligt werden, sofern der Gebührenpflichtige in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist.
4. Für gemeinnützige oder im öffentlichen Interesse wirkende Organisationen kann die Gebühr herabgesetzt oder erlassen werden.

**Ansätze nach  
Bundes- oder  
kantonalem  
Recht      Art. 8**

1. Gebührenansätze, die im Bundes- bzw. kantonalem Recht festgelegt sind, werden der Vollständigkeit halber aufgeführt. Sie können von keinem Organ der Gemeinde abgeändert werden.
2. Änderungen des Bundes- oder des kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.

**Gebührentar-  
rif      Art. 9**

Der Gemeinderat erlässt die erforderlichen Gebührentarife.

**Rechtsmittel      Art. 10**

1. Gebührenverfügungen einer Verwaltungsstelle können mittels Einsprache beim Gemeinderat und Entscheide des Gemeinderates mittels Rekurs beim zuständigen Departement des Regierungsrates des Kantons Thurgau angefochten werden.
2. Einsprachen und Rekurse sind innert 20 Tagen seit Erhalt der Verfügung bzw. des Entscheids schriftlich und im Doppel einzureichen, haben Anträge zu enthalten und sind zu begründen.
3. Für das Verfahren gelten im Übrigen die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes des Kantons Thurgau (VRG), RB 170.1.

## II. Schlussbestimmungen

### **Aufhebung des bisherigen Rechts**

#### **Art. 11**

Durch dieses Gebührenreglement werden alle ihm widersprechenden Gebührenbestimmungen aufgehoben.

### **Inkraftsetzung**

#### **Art. 12**

Das vorliegende Reglement tritt nach Genehmigung durch das Stimmvolk an der Urne auf einen vom Gemeinderat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft.

Vom Gemeinderat genehmigt am: 11.01.2021

Vom Stimmvolk an der Urne genehmigt am: 07.03.2021

Vom Gemeinderat in Kraft gesetzt per: 01.01.2021

Gemeinderat Güttingen

Der Gemeindepräsident

Die Gemeindeschreiberin

Urs Rutishauser

Elisabeth Isik